

Frankfurter Allgemeine Archiv speichern

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.11.2014, Nr. 257, S. 4

Chancen bilden oder Bildungschancen vernichten?

Niedersachsens rot-grüne Landesregierung hat ihren Entwurf für ein neues Schulgesetz präsentiert. Die Bewertungen gehen weit auseinander.

Von Reinhard Bingener

HANNOVER, 4. November. Die Bewertungen eines Textes dürften selten so auseinandergeklafft haben wie am Dienstagnachmittag in Hannover, als die niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) ihren Entwurf für ein neues Schulgesetz vorstellte. Heiligenstadt will aus dem Schulgesetz ein "Bildungschancen-Gesetz" machen, bei dem "das Kind im Mittelpunkt steht", aber nicht nur das Kind: "Wir geben auch dem Elternwillen noch mehr Gewicht." Zudem werde "den Schulträgern mehr Freiheit eingeräumt", bei den Lehrern werde "die pädagogische Kompetenz weiter gestärkt", und die Gymnasien würden "eine Bestandsgarantie" erhalten. Der Text wurde von Heiligenstadt präsentiert als Kombination von Vorteilen mit Vorteilen.

Die Politiker der Opposition, die später vor dem Saal ihre Meinung zu dem Entwurf kundtaten, konnten Heiligenstadts Vision eines niedersächsischen Schulwunderlandes nicht folgen. Für die CDU sprach der Schulpolitiker Kai Seefried von einem "Chancenvernichtungsgesetz, dem Ende der Vielfalt und dem Ende der Wahlfreiheit". Noch nie seien die Gymnasien in Niedersachsen so gefährdet gewesen wie in diesem Augenblick. Der FDP-Abgeordnete Björn Försterling warnte, mit dem neuen Gesetz würden die Gymnasien "von der Landkarte verschwinden".

Mit dem Regierungsentwurf für das neue Schulgesetz, das bereits für das kommende Schuljahr 2015/16 gelten soll, hat die rot-grüne Landesregierung die vielleicht wichtigste und riskanteste Auseinandersetzung der gesamten Legislaturperiode eröffnet. Schon seit Wochen ist die Schullandschaft in Unruhe. Die wohl wichtigste geplante Änderung betrifft die Gymnasien. "Die Schulträger werden von der Pflicht befreit, neben der Gesamtschule auch andere Formen des gegliederten Schulwesens vorzuhalten", kündigte Ministerin Heiligenstadt am Dienstag an.

Die integrierte Gesamtschule (IGS) soll in der Fläche von der "ergänzenden" zur "ersetzenden" Schulform werden. Allerdings will die Landesregierung weiter

zugestehen, dass ein Gymnasium "in zumutbarer Entfernung" erreicht werden muss. "Zumutbar" sind nach derzeitiger Rechtsprechung 60 Minuten pro Tag und Strecke. CDU-Politiker Seefried vermutet, Eltern sollten durch die langen Fahrzeiten dazu gebracht werden, ihre Kinder aus Rücksicht auf deren Wohlergehen auf die nahe Gesamtschule zu schicken statt in ein weit entferntes Gymnasium. FDP-Politiker Försterling rechnet vor, dass bei einer Fahrzeit von 60 Minuten in ganz Niedersachsen theoretisch nur noch 30 Gymnasien nötig wären.

Das neue Schulgesetz betrifft nicht nur die Gymnasien. Auch beim Thema Inklusion will Rot-Grün mit Macht voranschreiten. Die Förderschule "Lernen" wie die Förderschule "Sprache" sollen abgeschafft werden. Stattdessen sollen in den Landkreisen beratende "Regionalstellen für schulische Inklusion" eingerichtet werden. Ministerin Heiligenstadt sagt, die Förderschulen würden "ganz sanft auslaufen". FDP-Politiker Försterling widerspricht; gerade bei sprachlich Behinderten sei das Ziel der Förderschule, dass die Kinder nach wenigen Jahren geheilt werden und die Förderschule wieder verlassen können. Die Regierung schwäche nun deren Betreuung und lasse unter dem Rubrum "Inklusion" die Schwächsten leiden.

Daneben wolle Rot-Grün, so die Opposition, aber auch das Leistungsprinzip auf breiter Fläche aus den Schulen verbannen. Der Schulgesetz sieht etwa vor, dass eine Notengebung in der Grundschule bald gänzlich entfallen kann. Zudem will Heiligenstadt die in Niedersachsen ohnehin nicht bindenden "Schullaufbahneempfehlungen" nach der vierten Klasse abschaffen. Diese brächten einen "nicht kindgerechten Leistungsdruck" mit sich, so die Begründung. Heiligenstadt gab am Dienstag allerdings selbst zu, dass auch schon bisher "die Schulwahl bei freiem Elternwillen ohnehin nicht mit den Empfehlungen übereinstimmt". Nun soll aber auch das Gegenmittel der Gymnasien gegen überambitionierte Eltern abgeschafft werden, nämlich die automatische Abschlussschulung im Fall von zweimaligem Sitzenbleiben nach der sechsten Klasse. Stattdessen soll es künftig einen "Ermessensspielraum" geben.

Auf die Gymnasien zielt auch die Erlaubnis, Grundschule und Gesamtschule künftig in einer Einheit zusammenzufassen. Schüler, die dann auf ein Gymnasium wechseln wollten, müssten sich so in einer neuen Umgebung zurechtfinden, während die anderen in ihrer gewohnten bleiben können. Die Landesregierung macht die von ihr präferierte Schulform, die integrierte Gesamtschule, den Bürgern also schmackhaft, indem sie das Gymnasium an vielen Stellen etwas weniger schmackhaft ausgestaltet. Ob die Landesregierung mit ihrem nun vorgelegten Gesetzentwurf in den Anhörungen, im Landtagsplenum und letztlich bei den Landtagswahlen Erfolg haben

wird, dürfte davon abhängen, wie sich die Verbände positionieren und wie lautstark und langwierig die Proteste ausfallen. Der Philologenverband hat sich seine Meinung bereits am Dienstag gebildet: Er kündigte "harten Widerstand" gegen eine "Gesamtschul-Monokultur" an. Die Bildungsgewerkschaft GEW lobte den Entwurf hingegen.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de